



Schwierige Suche

Gemeinderat lehnt Anträge für Asylunterkünfte ab

Wo in Seeshaupt sollen künftig Flüchtlinge leben – diese Frage beschäftigt nicht nur den Gemeinderat mittlerweile seit Monaten. Den Anfang machte im Herbst die Immobilienfirma Xanthos mit dem Vorhaben, auf dem brachliegenden Grundstück an der Osterseenstraße eine Unterkunft für bis zu 120 Asylbewerber zu errichten. Sämtliche anderen Anträge für die Nutzung mit Wohn-Geschäftshäusern oder einem Supermarkt waren immer wieder im Gemeinderat gescheitert. Das Landratsamt war begeistert, die Seeshaupter Gemeinderäte nicht: sie lehnten die Pläne ab. In einer eigens anberaumten Sondersitzung appellierte Landrätin Andrea Jochner-Weiß noch an die Räte „mit dem Herzen zu entscheiden“, auf dem Neujahrsempfang der CSU-Ortsgruppe warnte sie dann unter Verweis auf staatseigene Grundstücke vor „Entscheidungen, bei denen der Ort nicht mitreden“ könne. Die Gemeinderäte blieben hart: Mehr als 75 Menschen für höchstens fünf Jahre (mit einer Verlängerungsoption) wollten sie nicht auf dem Grundstück neben der Bahnlinie sehen. Die Gemeinderäte Egold, von Gruchalla, Mell und Fischer forderten, nach Alternativen zu suchen: Bestehende Gebäude, die schnell genutzt werden könnten,

oder Grundstücke, auf denen bald gebaut werden könnte. Auch solle die Gemeinde einen Aufruf an die Bürger starten, dezentrale Quartiere zur Verfügung zu stellen. Der Planungsausschuss könne dann weitere Schritte für den Gemeinderat vorbereiten. Ulrike Xylander wiederum erinnerte an die Empfehlung langfristig zu denken und eine spätere Nutzung eines – neu zu errichtenden – Gebäudes als Sozialwohnungen im Auge zu behalten. Die Zukunft des Grundstücks an der Osterseenstraße ist derzeit offen, das Landratsamt könnte, rechtlich gesehen, das Einvernehmen der Gemeinde ersetzen und einen Bau ganz nach den Wünschen des Investors genehmigen. Unterdessen bringt die Regierung von Oberbayern ein weiteres Vorhaben ins Spiel: auf dem staatseigenen Grundstück an der St.-Heinricher-Straße will sie „wohnungsähnliche Mehrpersoneneinheiten“ bauen. Hier sollen anerkannte Flüchtlinge untergebracht werden. Das staatliche Bauamt Weilheim, das den Antrag im Auftrag der Regierung vorlegt, möchte die Gebäude in Modulbauweise errichten – die Baukosten sollen möglichst nicht mehr als 1000 Euro pro Quadratmeter betragen – schon Ende des Jahres sollen sie bezugsfertig sein. Die Gelder kommen, so der

Weilheimer Bauamtsleiter Peter Aumann, aus dem „Wohnungspakt Bayern“ der Staatsregierung. Bei derartigen Bauten gehe man von einer Nutzung von etwa sieben Jahren aus. Insgesamt sollen in zwei zweigeschossigen Gebäuden bis zu 36 Menschen untergebracht werden. Auf drei der vier Etagen sind jeweils sechs 11 qm-Räume für je zwei Betten, drei Bäder und Toiletten sowie eine Kochgelegenheit und ein Gemeinschaftsraum geplant. In einem der Gebäude gibt es einen größeren Gemeinschaftsraum, einen Betreuungs- oder Büro-

raum sowie eine Waschküche. Wie Aumann erläutert, habe sich gezeigt, dass syrische Familien mit mehreren Kindern und weiteren Verwandten oftmals mehr Platz benötigen als die 45-Quadratmeter-Standard-Wohnung. Wer für die Belegung zuständig sein wird, ist derzeit noch offen. Auch diese Pläne stießen bei den Seeshaupter Gemeinderäten auf wenig Begeisterung – das sei mehr ein Wohnheim als eine dauerhafte Unterkunft, kommentierte Max Amon. Auch Ulrike Xylander fand, das sei eher „Hausen“ als „Wohnen“ –

so könne Integration nicht gelingen. Barbara Kopf erinnerte dagegen daran, dass hunderte anerkannte Flüchtlinge untergebracht werden müssten, auch Seeshaupt müsse seinen Beitrag leisten. Die Menschen kämen immerhin aus Krisengebieten und seien schon von zu Hause einen niedrigen Standard gewöhnt – da könne das für einen Neuanfang genügen. Und: 36 Menschen in zwei Häusern, seien doch kein Ghetto, meinte Kopf. Bürgermeister Michael Bernwieser wies darauf hin, dass der Gemeinderat nur baurechtliche Einwendungen erheben könne, das Baurecht habe er durch den Bebauungsplan nach langwierigem Streit mit den Nachbarn immerhin selbst geschaffen. Stefan Müller bezweifelte denn auch, dass eine Ablehnung des Bauantrags rechtlich haltbar sein werde. Das Bauamt wird die Ablehnung des Gemeinderats mitsamt Begründung sowie die Einwände der Nachbarn (soweit sie fundiert sind, so Amtsleiter Aumann) mitsamt einem Zustimmungsantrag bei der Regierung von Oberbayern einreichen. Die kann dann der Gemeinde noch einmal Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Entscheidung über die Baugenehmigung fällt aber letztlich in München. *kia*



In diesem kleinen Häuschen lebte unter anderem Kunstmaler Hannes Zeh mit seiner Frau und zwei Töchtern. Eines seiner Werke war lange Zeit in der Bahnhofstraße am sogenannten „Braun-Haus“ zu sehen. Zeit seines Lebens hat er von der Hand in den Mund gelebt, mehr schlecht als recht. Nun muss dieses Holzhaus den Baggern weichen. *Foto: evs*

Bauen für Flüchtlinge in Seeshaupt

Wie kann Integration gelingen? Gemeinderat gegen Freistaat

Die DZ sprach mit Bürgermeister Bernwieser und Gemeinderäten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, unsere erste Frage:

Der Landkreis musste 2015 bei fast 130.000 Einwohnern wöchentlich 55 Flüchtlinge aufnehmen. Seit kurzem sind es etwa 33. Wie viele Neuankömmlinge erwarten Sie für 2016 in Seeshaupt?

Das kann man heute nicht sagen. Es gab für 2015 eine Richtlinie des Landkreises, 1% der Gemeindebevölkerung an Flüchtlingen aufzunehmen. Diese Zahl will man für 2016 auf 2% erhöhen. Das würde ungefähr 65 Flüchtlingen in Seeshaupt für 2016 entsprechen.

Anfang Januar hat der Gemeinderat Xanthos endgültig abgelehnt. Hauptgründe: 100 Menschen in einem Haus seien zuviel, Zahl und Dauer würden den Helferkreis überfordern, so gelänge keine Integration. Zehn Jahre Bindung würden Seeshaupt zudem beim erhofften Rückgang des Flüchtlingsstroms zum End-Auffangbecken für den ganzen Landkreis machen. Nur Sie, Barbara Kopf und Stefan Müller stimmten für den Kompromiss. Warum?

Ich hielt das Gesamtpaket für einen fairen Kompromiss. Man muss dazu wissen, dass sich der Gemeinderat im April 2015 bewusst dazu entschieden hatte,

auf dem Gelände an der Osterseenstraße keinen Supermarkt errichten zu lassen. Es war dem Gemeinderat dabei klar, dass dann ein Antrag auf Bau einer Flüchtlingsunterkunft kommen würde. Vor diesem Hintergrund und der Aussicht auf das schriftliche Versprechen des Landratsamtes, dass wir als Gemeinde darüber hinaus keine weiteren Forderungen zu erfüllen hätten, und wegen seiner Bahnhofsnähe, hielt ich das Projekt an der Osterseenstraße für die bestmögliche Lösung. Man darf auch nicht außer Acht lassen, dass damit das mögliche Vorhaben einer Traglufthalle oder eines Zeltlagers für drei Jahre an der Jet-Tankstelle vom Tisch gewesen wäre. Das ist jetzt nicht mehr so. Ich vermutete außerdem, dass das Xanthos-Projekt – als Kompromiss mit dem Landratsamt – die letzte Möglichkeit wäre, eine wesentliche Mitgestaltung in den Händen der Gemeinde Seeshaupt zu halten. Leider lag ich damit nicht vollkommen falsch, wie sich jetzt zeigt.

Im Dezember 2015 hatte auch die Landrätin der Gemeinde noch empfohlen, das Feld nicht einem Investor zu überlassen. Seeshaupt solle doch selber bauen. „Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen“ war ihr Rat: jetzt

Raum für Flüchtlinge, der dann Wohnraum für sozial Schwache wird. Gibt es inzwischen eigene Pläne der Gemeinde?

Ja, es gibt den unbedingten Willen vom Gemeinderat und von mir, eigene Pläne mit Hochdruck zu verfolgen. Wir sprechen hier allerdings von zwei Jahren oder mehr bis zum Bezug.

Die Dorfzeitung hat gehört, es gäbe z. Zt. im Landkreis durchaus noch anderweitig Unterbringungsmöglichkeiten. Könnten Landratsamt und Staat wirklich nicht ein eigenes Seeshaupter Projekt abwarten, um Verärgerung in der Bevölkerung und womöglich Streit zu vermeiden? Ich persönlich glaube nicht, dass die genannte Zeitschiene dem Landratsamt ausreicht, um andere Pläne fallen zu lassen. Wir sollten unbedingt schnell einen gewissen Anteil an Flüchtlingen in Seeshaupt nachweisen, den wir aber im Falle einer Ersetzung dann zusätzlich hätten. Die Hoffnung dabei ist: Wenn die Gemeinde einen schnell sichtbaren Erfolg vorweisen könnte, wäre evtl. die Ersetzung rechtlich für die Regierung schwieriger.

Nach dem zweiten Seeshaupter Nein zu Xanthos: Wie wird es weitergehen? Die Regierung von Oberbayern droht, die Zustim-

mung der Gemeinde zu ersetzen. Xanthos könnte dann gegen den Willen der Gemeinde bauen.

Ich hoffe nach wie vor auf einen Kompromiss mit der Regierung von Oberbayern und versuche auf allen mir zur Verfügung stehenden Kanälen mit der Regierung im Dialog zu bleiben. Ich befürchte aber beim heutigen Stand der Dinge, dass es auf eine Ersetzung hinauslaufen wird. Xanthos könnte dann gegen den Willen der Gemeinde von der Regierung die Bauerlaubnis bekommen.

Max Amon will die Gemeinde dann gegen den Freistaat klagen

lassen. Was wird Ihre Haltung sein?

Für eine Klage braucht es einen Gemeinderatsbeschluss. Wenn und sobald er vorliegt, setze ich ihn um. Dass uns eine Klage genug Zeit für die Realisierung des eigenen Projektes gibt, halte ich persönlich aber nicht für wahrscheinlich.

Zusätzlich hat der Freistaat Bayern selber einen Antrag vorgelegt. Es geht um anerkannte Flüchtlinge, also Dauerwohner, nicht um ein Provisorium.

Weiter auf Seite 8 und 9



Bürgermeister Michael Bernwieser im Interview mit der Dorfzeitung: Thomas Arnold (li.) und Dietmar Ahrndsen (re.) *Foto: ea*